

# IDEOLOGIE UND POLITIK VON PARTEIEN WIE DER FPÖ SIND MIT CHRISTENTUM UNVEREINBAR

## POSITIONEN DER CHRISTLICHEN KIRCHEN UND RECHTSEXTREMER PARTEIEN IM VERGLEICH

Christliche und rechtsextreme Weltanschauung widersprechen sich fundamental. Dies betrifft das Verständnis von Grundbegriffen wie Volk, Nationalstaat, Internationalismus, Solidarität oder Menschenrechte ebenso wie die Haltung zu Problemen wie Flucht, Migration, Sozialstaatlichkeit, Geschlechter(ungleichheit) oder die Klimakrise.

## ZUM VERSTÄNDNIS VON VOLK, DEMOKRATIE UND SOLIDARITÄT

Die deutsche Bischofskonferenz stellt im Februar 2024 in ihrer Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ fest ([https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2024/2024-023a-Anlage1-Pressenbericht-Erklarung-der-deutschen-Bischoefe.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressenbericht-Erklarung-der-deutschen-Bischoefe.pdf)):

„Der Rechtsextremismus behauptet die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem ‚Wesen‘ und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können. (...) Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung wird von diesem Denken deshalb prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Das Volk wird als ‚Ethnos‘ gedacht, als Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen. Dies ist die Ideologie des völkischen Nationalismus.“ (S. 2).

Auch wenn diese Aussage unmittelbar auf die AfD in Deutschland abzielt, so trifft sie doch auch auf die FPÖ zu. Denn diese ist die engste Verbündete der AfD und stellt mit ihr und Orban’s Fidesz die radikalste der rechtsextremen Parteien in Europa dar. So will die FPÖ Österreich zu einer „Festung“ ausbauen nach Orbans Vorbild und befürwortet eine Aussiedelung von Millionen „Fremden“ („Remigration“).

In seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ kritisiert Papst Franziskus den Volksbegriff der Populisten: „Die geschlossenen populistischen Gruppen verzerren das Wort ‚Volk‘. Wovon sie reden, ist nämlich in Wirklichkeit kein echtes Volk. In der Tat ist die Kategorie ‚Volk‘ offen. Ein lebendiges, dynamisches Volk mit Zukunft ist jenes, das beständig offen bleibt, indem es in sich das aufnimmt, was verschieden ist. (...) Auf diese Weise kann es sich weiterentwickeln. (Fratelli tutti Nr. 160).

Es ist also die Vielfalt und ihre Durchmischung, die bereichert und Neues entstehen lässt (wie in der Evolution allgemein). „Denken wir daran: Unterschiede sind kreativ, sie erzeugen Spannungen und in der Auflösung einer Spannung liegt der Fortschritt der Menschheit.“ (Fratelli tutti Nr. 203)

Im Fall von Österreich ist der Versuch, „echte“ oder „autochtone“ Österreicher:innen von den (südländischen) „Fremden“, abzugrenzen, besonders absurd: „Österreichertum“ ist das Ergebnis einer Jahrhunderte dauernden Durchmischung der Völker des Habsburgerreichs plus stetiger Zuwanderung. Und generell gilt: Die Entwicklung der Menschheit war immer schon geprägt durch Migrationsbewegungen und den damit verbundenen Prozessen der wechselseitigen kulturellen Beeinflussung.



Doch Rechtsextreme halten (sich) an einem Begriff von „Volk“ fest, der unterschwellig von Vorstellungen wie „Rassenreinheit“ mitgeprägt wird. Es ist daher kein Zufall, dass Herbert Kickl selber reimte: „Mehr Mut für unser Wiener Blut – zu viel Fremdes tut niemandem gut.“ (<https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-respektvollen-umgang-miteinander/>)

## DIE POSITION ZU UNIVERSELLEN MENSCHENRECHTEN

In fundamentalem Gegensatz zum christlichen Welt- und Menschenbild ist rechtsextremen Parteien die Vorstellung fremd, dass alle Menschen gleiche Rechte haben. Denn wie die deutschen Bischöfe feststellen: „Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder geleugnet oder relativiert und somit zu einem für fordern das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt. Für die Kirchen aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte. So ist die Menschenwürde der Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes.“ (wie oben, S. 2).

Die österreichischen Bischöfe betonen in ihrer Frühjahrsvollversammlung (4. bis 7. März 2024 - <https://www.bischofskonferenz.at/2024/presseerklaerung-zur-fruehjahrensvollversammlung-2024>) „das christliche und jüdische Fundament, auf dem die Europäische Union gegründet ist. Darauf fußen die Prinzipien und Grundwerte der Europäischen Union, vor allem aber das Menschenbild und die uneingeschränkte Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen. Wo Europa diese Grundlagen verliert, ist letztlich immer der Mensch in Gefahr.“

Für Kickl und seine FPÖ sind Menschenrechte hingegen „seltsame rechtliche Konstruktionen ..“, die uns daran hindern, das zu tun, was notwendig ist“, nämlich schärfere Maßnahmen gegen straffällig gewordene Asylwerber zu ergreifen (<https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-rechtsstaat-und-unabhaengige-justiz/>). Und der AfD-Genosse Bernd Höcke fordert eine „wohltemperierte Grausamkeit“ gegen Auszubürgernde im Sinne der „Remigration“.

Die deutschen Bischöfe begrüßen explizit den Widerstand gegen diese rechtsextreme Menschenverachtung: „Wer aus demokratischem, freiheitlichem und menschenfreundlichem Geist heraus seinen Widerstand gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten bekundet, verdient unser aller Unterstützung und Respekt. Gut, dass zahlreiche Christinnen und Christen so engagiert mitwirken und sich für Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie einsetzen!“ (S. 2).

## FREMDENFINDLICHKEIT UND MIGRATION

Die österreichischen Bischöfe lehnen jede Art von Fremdenfeindlichkeit ab: „Wir wissen um bedauerliche Ereignisse und unchristliche Vorurteile. Wir werden uns noch viel mehr bemühen müssen, die Vorurteile Fremden und Ausländern gegenüber abzubauen und solchen Menschen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine mitmenschliche Heimat zu geben.“ (Sozialhirtenbrief 1990, Nr. 91).

Herbert Kickl will hingegen „überhaupt keinen Asylantrag mehr annehmen“ (Neujahrsrede 2024) und Asylwerber „konzentriert an einem Ort halten“ (Link setzen zu <https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-rechtsstaat-und-unabhaengige-justiz/>). Dazu die österreichischen Bischöfe: „Es ist nicht hinzunehmen, dass Flüchtlinge und Einwanderer in ein Ghetto abgesondert werden. Sie brauchen Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. .... Jeder Rückfall in eine nationale Überheblichkeit widerspricht dem Geist der Menschenrechte und ist zutiefst unchristlich.“ (Sozialhirtenbrief 1990, Nr. 91).



Im Klartext: Die „Ausländerpolitik“ der FPÖ ist „zutiefst unchristlich“.

Das ergibt sich auch aus Enzykliken wie „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus: Er fordert „Nächstenliebe gegenüber hilfsbedürftigen Armen und Fremden“ nach dem Vorbild des barmherzigen Samariters statt Errichtung einer „von Exklusion geprägte Gesellschaft“ (Fratelli tutti, Nr. 67). Für die Liebe ist es unerheblich, ob „der verletzte Bruder von hier oder von dort kommt“ (Fratelli tutti, Nr. 62).

Für die FPÖ gilt aber eine ganz andere Form der Nächstenliebe: „Liebe deinen Nächsten: Für mich sind das unsere Österreicher“ – die Pervertierung der christlichen in eine nationalistische „Nächstenliebe“. (<https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-respektvollen-umgang-miteinander/>)

Dagegen protestierten die katholische wie die evangelische Kirche (<https://religion.orf.at/v3/stories/2597798/>). Und in ihrem Hirtenwort zum Pfingstfest 2020 stellen die katholischen Bischöfe nochmals klar: „Ein pfingstlicher Geist verstärkt auch unsere Sorge um die Schutzsuchenden in den Flüchtlingsquartieren an den Grenzen Europas. Als einen Ausdruck gelebter Solidarität im Sinne ‚erneuerter Normalität‘ erachten wir es als dringend notwendig, ein faires Kontingent an Asylsuchenden und Vertriebenen in absehbarer Zeit aufzunehmen und zu versorgen.“ (Hirtenwort der österreichischen Bischöfe zum Pfingstfest 2020).

In ihrer Frühjahrsvollversammlung im März 2024 bekräftigen die österreichischen Bischöfe ihre Position. „Es wird in Zukunft besonders auf die Einhaltung des Grundrechts auf Asyl, das Recht auf Familienzusammenführung, die unabdingbare Menschenwürde aller Migrantinnen und Asylwerber in jeder Phase des Asylverfahrens zu achten sein.“

All diese Rechte von Flüchtlingen bekämpft die FPÖ vehement (und in zunehmendem Maß auch die ÖVP), erst recht „die unabdingbare Menschenwürde aller Migrantinnen“.

## ZUR FRAGE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Rechtsextreme lehnen eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer und erst recht auf globaler Ebene ab und begründen dies auch mit Verschwörungstheorien. So meint Kickl, das Ziel der „selbtherrlichen Eliten der Europäischen Union“ bzw. der „Globalisten“ und der internationalen Organisationen sei „eine Entwurzelung des Einzelnen und eine Entwurzelung der Völker“ (Link setzen zu: <https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-die-eu/>). Und er fordert „die Wiedererrichtung des Grenzschutzes zwischen den EU-Ländern“ und generell eine Stärkung der Nationalstaaten auf Kosten der internationalen Zusammenarbeit („Europa der Vaterländer“).

Genau die entgegengesetzte Position vertreten die christlichen Kirchen: Weil Menschenrechte universell sind, brauchen nicht nur Schutzsuchende unsere Solidarität bei uns, sondern auch die Bedürftigen im globalen Süden durch eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit. In den Worten der deutschen Bischöfe: „Der Begriff des Gemeinwohls hat für die Kirche stets einen universalen Horizont. Daher treten wir für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein – auf Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit.“ (S. 3).

## DIE POSITIONEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Während die Rechtsextremisten und insbesondere die FPÖ keine Gelegenheit auslassen, gegen die EU zu polemisieren, bezogen die österreichischen Bischöfe eine klare Gegenposition: „Ein besonderes Anliegen ist uns die europäische Dimension von Verbundenheit. Anstatt 25 Jahre Mitgliedschaft in der EU zu feiern und damit auch eine größer gewordene Begegnungsfreiheit im Schengen-Raum, blickten wir auf geschlossene Grenzen. Der Kampf gegen die Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig unser gemeinsames Europa ist und auch wie zerbrechlich. (...) Wichtig ist es, die ursprüngliche Gründungsidee zur Sicherung des Friedens auf einem durch Nationalismus und Krieg zerrütteten

Kontinent in eine ‚erneuerte Normalität‘ mitzunehmen. Auch das Bekenntnis zu gemeinsamen ambitionierten Maßnahmen gegen den Klimawandel soll forciert umgesetzt werden. Die Europäische Union ist eine einzigartige Friedens- und Zivilisationsleistung. (Hirtenwort der österreichischen Bischöfe zum Pfingstfest 2020)

Und die Bischöfe fügen hinzu – in unmissverständlicher Anspielung auf nationalpopulistische Parteien wie die FPÖ: „Der pfingstliche Geist ist immer parteiisch für den Einzelnen und für das Ganze, er ist der Impulsgeber für eine leidenschaftliche Zusammenarbeit und immunisiert gegen das Virus nationalistischer Kleinstaaterei.“

Diese Position bekräftigte die österreichische Bischofskonferenz in ihrer jüngsten Frühjahrsvollversammlung im März 2024: Sie erinnert an „die prophetische Vision der Gründerväter (...), dass ein nachhaltiger Friede nur über Schritte der Einheit zu erreichen sei.(.....) So entwickelte sich nach einer primär ökonomischen Ausrichtung der Wunsch, die europäische Integration auch in politischer, sozialer und kultureller Sicht voranzutreiben. Dabei geht es darum, Einheit bei gleichzeitiger Bewahrung nationaler und regionaler Identitäten zu schaffen. Das Ziel ist ‚Einheit in Vielfalt‘, um die wir uns stets bemühen müssen.

Die rechtsextremen Parteien wollen das Gegenteil: In einem „Europa der Vaterländer“ hat das Völkisch-Nationale Vorrang vor „einer europäischen Integration auch in politischer, sozialer und kultureller Sicht“.

## DIE POSITION ZUR SOZIALSTAATLICHKEIT

Als sich rechte Parteien noch als „bürgerlich“ verstanden (in Österreich die FPÖ vor Jörg Haider), kritisierten sie den Sozialstaat als Versuchung zur „sozialen Hängematte“ und schürten den (behaupteten) Konflikt zwischen „Sozialschmarotzern“ und den „fleißigen kleinen Leute“. In den letzten 30 bis 40 Jahren wurde am meisten der (behauptete) Konflikt zwischen Inländern und Fremden hochgespielt. Die populistische Lösung: Sozialstaatlichkeit wird höher bewertet als früher, aber nur für „unsere Leut“.

Parteien wie die AfD oder die FPÖ fordern daher, dass nur die „völkisch-echten“ Staatsbürger die vollen Sozialleistungen bekommen sollten. Für die Ausländer:innen müsse es eine eigene Sozialversicherung geben (Nina Horaczek, Kickl beim Wort genommen, Czernin, 2024, S. 152) – solange sie nicht „remigriert“ sind bzw. wurden.

Diese Haltung verurteilen die deutschen Bischöfe scharf: „Rechtsextreme verlangen nach einem „Sozialpatriotismus“, womit sie die Solidarität innerhalb des völkisch-national verstandenen Volkes meinen. Wer diesem nicht angehört, soll weniger Rechte und weniger soziale Teilhabe genießen, (.....) Damit wird die Axt an die Wurzeln der Demokratie gelegt, die vom Gedanken der gleichen Rechte aller bestimmt ist.“ (S. 2).

In Österreich wurde das Bekenntnis zur Sozialstaatlichkeit 2003 von allen christlichen Kirchen in ihrem „Sozialwort“ bekräftigt: „Solidarität und Gemeinwohl zu fördern ist Aufgabe staatlicher Politik.“ (Sozialwort des ökumenischen Rates der Kirchen, Nr. 209). Weiters heißt es: „Die Kirchen treten ein für eine den heutigen Herausforderungen entsprechende Weiterentwicklung des Sozialstaates ... (Sozialwort, Nr. 225).

In ihrer "vorrangigen Option für die Armen" wenden die Kirchen diesen ihre besondere Aufmerksamkeit zu, und damit gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund. Im Sinne der Anwaltschaft engagieren sie sich zugunsten der Benachteiligten - und gemeinsam mit ihnen. (Sozialwort, Nr. 226)

In ihrem „Hirtenwort zum Pfingstfest 2020“ bekräftigen die österreichischen Bischöfe ihre strikte Ablehnung einer Schlechterstellung von „Ausländern“: „Wir plädieren angesichts der neuen



Herausforderungen für einen nationalen Solidaritätspakt, um für alle in Österreich lebenden Menschen eine gute Zukunft zu ermöglichen.“

## ZUR ROLLE DER FRAU IN DER GESELLSCHAFT

Vereinfacht kann gesagt werden: Je „rechtsextremer“ eine Partei ist, desto rückschrittlicher ist ihre Haltung zur Rolle der Frau und ihrer Gleichberechtigung. So forderte Katalin Novák, eine Mitkämpferin von Viktor Orban (früher Familienministerin und Staatspräsidentin), Frauen sollten den Wunsch nach Gleichberechtigung aufgeben, nicht aber ihre Privilegien. Diese bestünden darin, Kinder gebären zu können. (Link setzen zum Hintergrundpaper „Frauen“).

Da kann Herbert Kickl nicht nachstehen. In seiner Videobotschaft „an alle Frauen dieses Landes“ (<https://www.youtube.com/watch?v=-TlrzPuLmZs>) dankt er ihnen dafür, dass sie alle Hausarbeit machen, die Kinder betreuen, „den Männern den Rücken freihalten“ und daneben mit Teilzeitjobs vorliebnehmen sowie mit geringeren Löhnen und Pensionen als die Männer. Statt solche Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, bedankt sich Kickl bei den Frauen, dass sie diese ertragen.

Die katholische Kirche ist sicher nicht eine Vorkämpferin für die Frauenemanzipation, doch – bezugnehmend auf das apostolische Schreiben „Christifidelis laici“ von Johannes Paul II aus 1988 – betonten die österreichischen Bischöfe in ihrem Sozialhirtenbrief (1990) „die Grundposition der Kirche hinsichtlich der fundamentalen Gleichheit der Geschlechter in ihrer Würde“.

Und sie führen weiter aus: „Im kirchlichen Dokument über die Berufung und Sendung der Laien wird gefordert, dass ‚auf die vielen Diskriminierungen, denen die Frau zum Opfer fällt‘, eine ‚umfassendere und entschiedener Antwort‘ gegeben werden müsse. Diskriminierungen, die die Frau deshalb erfährt, ‚weil sie Frau ist‘, treten in verschiedener Weise in Erscheinung: wenn die Frau am Arbeitsplatz benachteiligt wird; wenn sie für die gleichwertig geleistete Arbeit einen niedrigeren Lohn erhält als der Mann; wenn ihre Erziehungsarbeit in der Familie in der Sozialgesetzgebung nicht die entsprechende Anerkennung findet; wenn sie nach den Jahren der Mutterschaft wieder in die Berufsarbeit zurückkehren will und keine Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten mehr vorfindet....“

Im Gegensatz zu rechtsextremen Parteien reduziert (nicht einmal) die katholische Kirche die Rolle der Frau auf Hausarbeit, Kinderaufzucht („Brutpflege“) und dienende Partnerin des Mannes. Die evangelischen Kirchen haben tendenziell ein „emanzipatorischeres“ Frauenbild als die katholische (Amts)Kirche.

## ERDERHITZUNG UND UMWELTKRISE

Rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien gemeinsam ist die Verharmlosung bzw. Leugnung der Klima- und Umweltkrisen. So spricht Kickl vom „Klima-Alarmismus“, der zu einer „Klima-Diktatur“ und schließlich zu einem „Klima-Kommunismus“ führe. Die Klimapolitik sei völlig „überbordend“, egal ob sie die Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern, die langfristig geplanten Verbote von Verbrennerautos oder von mit Gas oder Öl betriebenen Heizungen betrifft. Wie es den künftigen Generationen geht, ist rechtsextremen Parteien egal – sie wollen ja jetzt an die Macht.

Die christlichen Kirchen vertreten die genau entgegengesetzte Position, besonders markant Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato si“: „Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen,.....“ (Laudato si, Nr. 13). „Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten.“ (Laudato si, Nr. 53). „Der Begriff des Gemeinwohls bezieht auch die künftigen Generationen mit ein.“ (Laudato si, Nr. 159). Aus all dem folgt: „Wir brauchen eine Politik, deren Denken einen weiten Horizont umfasst und die einem neuen, ganzheitlichen Ansatz zum Durchbruch verhilft, indem sie die verschiedenen Aspekte der Krise in einen interdisziplinären Dialog aufnimmt. (Laudato si, Nr. 197).



In ihrer Frühjahrsvollversammlung im März 2024 bringen die österreichischen Bischöfe die Gegenposition zu den Rechtspopulisten auf den Punkt: „Aus Verantwortung unserem Schöpfer, unseren nachkommenden Generationen, aber auch den bereits unter dem Klimawandel leidenden Menschen gegenüber muss alles getan werden, um die bedrohlichen Folgen des Klimawandels so gering wie möglich zu halten.“

## ÜBER DIE UMGANGSFORMEN MIT ANDERSDENKENDEN

Rechtsextreme Parteien verwenden häufig eine herabwürdigende und menschenverachtende Sprache. Besonders radikal sind dabei Spott und Hohn von FPÖ-Obmann Herbert Kickl, immer direkt gegen (andersdenkende) Menschen gerichtet. So verspottet er Bundespräsidenten Van der Bellen als „eine senile Mumie ... eine Schlaftablette, die seit Jahren im Wachkoma liegt“, den Wiener Gesundheitsstadtrat Hacker als „Impf-Quasimodo“, den SPÖ-Vorsitzender Babler als „faules ungenießbares marxistisches Früchtchen“, den Kanzler Nehammer als „größte Plage der Nation“ und außerdem ein „dead man walking“, ÖVP-Generalsekretär Stocker „ein geistiger Einzeller“, Vizekanzler Kogler als „verlängerte Arm der Öko-Fundamentalisten und der Klima-Terroristen“, Verkehrsministerin Gewessler als „Öko-Hexe,“ etc. (<https://www.demokratieundrespekt.at/downloads/kickls-weltbild-in-zitaten/kickl-gegen-respektvollen-umgang-miteinander/>).

Solche sprachlichen Aggressionen widersprechen christlichen Grundsätzen völlig. Dazu Papst Franziskus: „Sich hinsetzen, um einem anderen zuzuhören, ist charakteristisch für eine menschliche Begegnung und stellt ein Paradigma einer aufnahmebereiten Haltung dar. ... Man darf die Fähigkeit zuzuhören nicht verlieren.“ (Fratelli tutti Nr. 48)

Doch Rechtspopulisten wie Herbert Kickl führen immer nur das große Wort, zuhören können sie kaum- und wenn, dann nur, um einen verbalen Gegenangriff vorzubereiten. Sehr einleuchtend formulierte das II. Vatikanische Konzil die christliche Gegenposition: "Alle müssen ihren Nächsten ohne Ausnahme als ein ‚anderes Ich‘ ansehen, vor allem auf sein Leben und die notwendigen Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens bedacht." (Gaudium et spes Nr. 27)

## GESAMTBEFUND ZU CHRISTENTUM UND RECHTSEXTREMISMUS

deutschen Bischöfe bringen es auf den Punkt: „Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar.“ (S. 3).

Die gleiche Schlussfolgerung zieht die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs: Da Rechtsextremisten die "Grundwerte unseres Zusammenlebens" infrage stellten, sei eine klare und gemeinsame Haltung der Kirchen wichtig. „Wir ziehen daraus die gemeinsame Konsequenz, vor der Wahl rechtsextremer Parteien einschließlich der AfD zu warnen, weil sie Minderheiten ausgrenzen und die Demokratie gefährden“ (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ekd-afd-warnung-100.html>).

Und Herbert Kickl bekennt sich ausdrücklich zum Rechtsextremismus: „Die Bezeichnung rechtsextrem trage ich wie einen Orden“ formulierte er in seiner Neujahrsrede 2024.

Darum ist er für Christinnen und Christen nicht wählbar.